



CAMINO

Leitfaden

RESILIENZSTÄRKUNG

von Sozialräumen



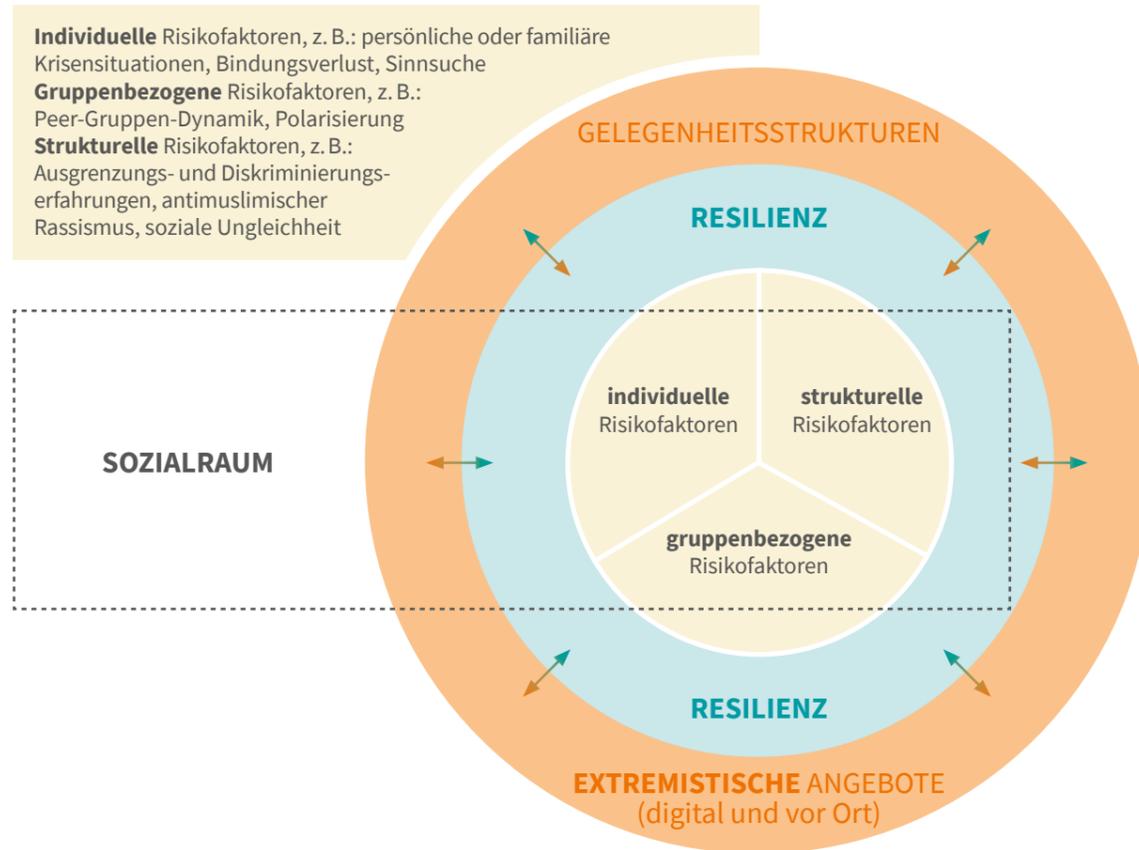
EINLEITUNG

Städtische Räume sind einer Vielzahl von Bedrohungen und Krisen ausgesetzt, eine davon ist Radikalisierung. Radikalisierung ist ein gesamtgesellschaftliches und zugleich lokalspezifisches Phänomen. Die Bedeutung des sozialräumlichen Kontextes für die Ausbildung von Widerstandsfähigkeit gegenüber Radikalisierung rückt darum zunehmend in den Fokus von Wissenschaft, Praxis sowie städtischer Politik und Verwaltung. Hier setzt der vorliegende Leitfaden zur Resilienzstärkung von Sozialräumen an. Im Fokus steht die religiös begründete Radikalisierung.

Der Begriff der religiös begründeten Radikalisierung bezeichnet einen Prozess, in dem ein Individuum oder eine Gruppe religiös begründete Denk- und Handlungsweisen entwickelt oder übernimmt, die gegen Menschenrechte verstoßen, Gewalt legitimieren und demokratische Prinzipien und Lebensformen ablehnen. Unter Umständen wird auch Gewalt ausgeübt und dies mit Bezug auf Religion begründet. Radikalisierung ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und ein komplexer Prozess, dessen Ursachen und Verläufe nicht vollständig erforscht sind. Einig ist sich die Forschung darin, dass es keine monokausalen Erklärungen für Radikalisierungen und keine einheitlichen Profile radikalierter Personen gibt. Die Literatur diskutiert eine Vielzahl an Erklärungsansätzen und Risikofaktoren für Radikalisierungsprozesse, die sich grob in individuelle Faktoren (z.B. persönliche und familiäre Krisensituationen, Bindungsverlust, Sinn-suche), gruppenbezogene Faktoren (z.B. Peer-Gruppen-Dynamik) und strukturelle Faktoren (z.B. Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, soziale Ungleichheit, antimuslimischer Rassismus) unterscheiden lassen, aber in einem Wechselspiel zusammenwirken (siehe Grafik S. 2).

Der Leitfaden entstand im Rahmen des Praxisforschungsprojekts „Resiliente Sozialräume und Radikalisierungsprävention“, das von 2019 bis 2022 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurde. Im Rahmen dieses Projekts wurden Risikofaktoren, die die Anfälligkeit gegenüber religiös begründeten Radikalisierungsprozessen beeinflussen, am Beispiel zweier ausgewählter innerstädtischer Sozialräume untersucht. Im Vordergrund stand dabei das Resilienzpotenzial der Sozialräume gegenüber lokalspezifischen Risikokonstellationen.

Risikofaktoren im Sozialraum



Die Ergebnisse aus dem Praxisforschungsprojekt sind in die Entwicklung des vorliegenden Leitfadens eingeflossen. Der Leitfaden richtet sich an Akteure, die städtische Sozialräume gestalten: Akteure der kommunalen Politik und Verwaltung, des Quartiersmanagements, der Kinder- und Jugendhilfe, der Nachbarschaftsarbeit und der Radikalisierungsprävention. Ziel ist es, Akteure der Sozialraumarbeit dabei zu unterstützen, Wege zu finden, mit der Herausforderung der religiös begründeten Radikalisierung – sofern diese im Sozialraum als Bedrohung oder Gefahr wahrgenommen wird – umzugehen.

Als Sozialräume bezeichnen wir territorial definierte Stadtteile, die wir in ihrer Bedeutung als „soziale Räume“ in den Blick nehmen, welche entsprechend der jeweiligen Aktivitäts- und Alltagsräume der Bewohner*innen auch über die Grenzen des Stadtteils hinausgehen können und sowohl mit anderen Orten als auch mit digitalen Räumen verknüpft sind.

Der sozialräumliche Blick auf religiös begründete Radikalisierung bringt aus unserer Perspektive Herausforderungen und Potenziale mit sich. Zu den Herausforderungen zählen wir die Schwierigkeit, religiös begründete Radikalisierung zu erfassen, ohne sich dabei in rassistischen und klassistischen Annahmen und Diskursen zu verstricken.

Potenziale sehen wir vor allem in der Sozialraumorientierung. Sie bringt viele Vorteile für die Stärkung der Resilienz gegenüber religiös begründeter Radikalisierung mit sich: Sie ermöglicht eine vernetzte Bearbeitung von Risikofaktoren und vor allem auch eine umfassendere, längerfristige und

kontinuierliche Bearbeitung. Außerdem können Maßnahmen zur Resilienzstärkung weit mehr bewirken als die Bewältigung der Bedrohung durch religiös begründete Radikalisierung. Sie können zur positiven Entwicklung des Sozialraums und zur Ermächtigung der Bewohner*innen beitragen, sofern sie auf gendersensiblen, rassismuskritischen und intersektionalen Ansätzen aufbauen.

Der aus der Physik und Materialforschung entlehnte Begriff der „**Resilienz**“ (lat. *resilire*: zurückspringen) bezeichnet in der Psychologie die Widerstandskraft eines vulnerablen Individuums im Kontext einer Krise. In den Sozial- und Politikwissenschaften wurde er auf die Widerstandskraft, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit von Organisationen, Gruppen oder Räumen übertragen.

Im Zentrum der psychologischen Resilienzforschung stand zu Beginn die Frage, warum sich Kinder mit den gleichen negativen Ausgangsbedingungen (z. B. Gewalt, Vernachlässigung, Traumatisierung) unterschiedlich entwickeln können, also warum und wie es manchen Kindern gelingt, sich trotz aller Hindernisse positiv zu entfalten. Dazu werden sogenannte Risiko- und Schutzfaktoren identifiziert und ihr Verhältnis zueinander für die Ausbildung von Resilienzen untersucht.

Die raumbezogene Resilienzperspektive geht davon aus, dass städtische Räume über eine gewisse Widerstandsfähigkeit verfügen, die sich aus spezifischen Konstellationen von Infrastrukturen und Akteuren ergibt. Mit der Bezeichnung „resiliente Sozialräume“ ist in Bezug auf die Gefährdung durch Radikalisierung allerdings nicht gesagt, dass in diesen resilienten Sozialräumen keine Fälle von Radikalisierung auftreten können. Vielmehr wird der Blick darauf gelenkt, dass der Sozialraum Ressourcen und Kompetenzen hat, mit diesen Fällen angemessen umzugehen und eine Verankerung extremistischer Akteure im Quartier zu verhindern – durch Vorbeugung oder Widerstand.

Wichtig ist es, zu betonen, dass sich Resilienz aus erlern- und förderbaren Fähigkeiten entwickelt und dass die Resilienzperspektive nicht die Defizite oder Risiken in den Vordergrund stellt, sondern vorhandene Potenziale in den Blick nimmt.

Mit dem vorliegenden Leitfaden wollten wir dazu einladen, den Blick auf die Stärken und Potenziale im Sozialraum zu richten, ohne dabei vorhandene Konflikte oder Bedrohungen zu übersehen oder zu ignorieren. Gerade in Zeiten wachsender Ungleichheiten und vielfältiger Unsicherheiten scheint die ressourcenorientierte Resilienzperspektive vielversprechend.

Ein allgemein anwendbares „Rezept“ zur Resilienzstärkung im Sozialraum gibt es nicht, da jeder Sozialraum unterschiedlich und sozialräumliche Resilienz kontextspezifisch ist. Mit dem Leitfaden wollen wir Anregungen zum Vorgehen zur Entwicklung eines lokalspezifischen Resilienzkonzepts geben (Teil 1). Dazu haben wir eine Auswahl an Resilienz stärkenden Faktoren zusammengestellt, die wir in „Rahmenbedingungen“, „Universelle Resilienzstärkung“ und „Spezifische Resilienzstärkung“ unterteilt haben (Teil 2).

1. TEIL: ANREGUNGEN ZUR ENTWICKLUNG EINES HANDLUNGSKONZEPTS

Das im Folgenden beschriebene Vorgehen setzt eine koordinierende Person, Einrichtung oder Institution voraus, die den Prozess der Problem- und Ressourcenanalyse sowie der Zielbestimmung und Maßnahmenentwicklung initiiert und begleitet. Diese Aufgabe kann von einer Einrichtung aus dem Sozialraum (z. B. dem Quartiersmanagement oder einer Nachbarschaftseinrichtung), einem kommunalen Akteur (z. B. einem Sozialraumkoordinator) oder einer fachlichen Einrichtung (der Radikalisierungsprävention und/oder der Forschung) übernommen werden. Je nach den zur Verfügung stehenden Ressourcen können die hier beschriebenen Workshop-Inhalte auch in verkürzter Form in vorhandene Netzwerkrunden oder Stadtteilgremien integriert werden.

- Grundvoraussetzung für einen gelingen Prozess ist eine vertrauensvolle Beziehung zwischen den Partner*innen im Sozialraum, die eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und eine Kultur des Lernens aus Fehlern ermöglicht.

Schritt I: Workshop zur Problem- und Ressourcenanalyse

PROBLEMANALYSE

Oft ist es eine größere Herausforderung, das „richtige“ Problem zu identifizieren als die „richtigen“ Ansätze oder Methoden zur Problemlösung zu finden. Wenn von Radikalisierung, insbesondere von „religiös begründeter Radikalisierung“, als Herausforderung im Sozialraum die Rede ist, bleibt oft unscharf, was genau als Problem wahrgenommen wird. Insbesondere in Bezug darauf, wie (beginnende) Prozesse religiös begründeter Radikalisierung erkannt werden bzw. wann sich Handlungsbedarf ergibt, bestehen bei vielen Akteuren Unsicherheiten – und manchmal auch von Vorurteilen geprägte Problemwahrnehmungen. Folgende Anregungen zum Vorgehen sollen Akteure im Sozialraum dabei unterstützen, einen erfolgversprechenden Weg zur Auseinandersetzung mit religiös begründeter Radikalisierung zu finden.

Viele Perspektiven einbeziehen: Die Wahrnehmung von Risiko- und Schutzfaktoren im Sozialraum kann von Person zu Person sehr unterschiedlich ausfallen. Es muss damit gerechnet werden, dass der Blick auf das Problem bei der Einbeziehung unterschiedlicher Akteure von „alarmistisch“ bis zu „verharmlosend“ reicht oder Radikalisierungstendenzen nicht erkannt werden. Es ist wichtig, diese unterschiedlichen Perspektiven in die Problemanalyse einzubeziehen, dabei jedoch auch unterschiedliche Positionen in den Machtbeziehungen zwischen den Sprecher*innen zu berücksichtigen und sich zu fragen: Wer spricht aus welcher Perspektive, wer hat welche Interessen, wer wird gehört, wer nicht? Auch sollte die eigene „Brille“ auf das Thema reflektiert werden.

Genau hinschauen: In diesem Schritt sollten sich die beteiligten Akteure damit befassen, genau hinzuschauen, um das Problem zu erkennen und zu verstehen: Was wird von wem als Bedrohung im Sozialraum wahrgenommen?

Mögliche Fragen zur Problemanalyse:

Welche Veränderungen oder Vorfälle beobachten Sie im Sozialraum, die auf Radikalisierungen hindeuten?

Welche Risikofaktoren spielen im Sozialraum eine Rolle?

Werden diese Faktoren von extremistischen Akteuren in der Ansprache/Mobilisierung aufgegriffen?

Gibt es Akteure im Sozialraum, die extremistischen Gruppierungen angehören?

Welche Stellung haben diese Akteure im Sozialraum? Gehören sie zum Sozialraum oder versuchen sie, sich im Sozialraum zu verankern?

- Wenn es unter den beteiligten Akteuren keine Expert*innen der Radikalisierungsprävention bzw. Deradikalisierung gibt, kann es sinnvoll sein, sich beratende Unterstützung zur Einschätzung der sozialräumlichen Risiken und der möglichen Gefahrenaussetzung durch extremistische Angebote im Sozialraum zu holen. Sollte es Ressourcen dafür geben, eine wissenschaftliche Befragung von Bewohner*innen und weiteren Akteuren im Sozialraum zur Erfassung der Risiko- und Schutzfaktoren durchzuführen bzw. durchführen zu lassen (z. B. auch in Form einer partizipativen Forschung), kann dies als Basis für die Entwicklung eines Konzepts zur Resilienzstärkung sinnvoll sein.

RESSOURCENANALYSE

Die Resilienzperspektive richtet den Fokus auf Schutzfaktoren, von denen einige möglicherweise bereits im Sozialraum vorhanden sind und andere durch gezielte Maßnahmen zur Resilienzstärkung implementiert werden können. Im zweiten Teil des Workshops wird geprüft, welche Ressourcen bereits vorhanden sind und welche möglicherweise gemeinsam (weiter-)entwickelt werden können.

Den Blick auf die Potenziale richten: Zunächst sollten die Ressourcen des Sozialraums ermittelt werden. Der Überblick über Resilienz fördernde Rahmenbedingungen und Ansätze im zweiten Teil dieses Leitfadens kann bei der Ressourcenanalyse unterstützen. Die Erstellung eines Überblicks der verfügbaren Ressourcen kann zum einen helfen, Ressourcen zu identifizieren, die zwar vorhanden sind, jedoch möglicherweise nicht vollständig genutzt werden. Zum anderen können so Bereiche erkannt werden, in denen zusätzliche Ressourcen erschlossen werden müssten.

Gemeinsam Bewertungen vornehmen: Die Ressourcenanalyse identifiziert Angebotslücken und dokumentiert und bewertet die Reichweite und Passgenauigkeit der bereits bestehenden Maßnahmen. Somit bereitet sie die konkrete Zielfindung und Maßnahmenplanung vor.

Mögliche Fragen zur Ressourcenanalyse:

Wer trägt bereits in welcher Form zur Resilienzstärkung des Stadtteils bei?

Welche (weiteren) Akteure (Personen, Einrichtungen, Institutionen) im Sozialraum können in die Resilienzstärkung einbezogen werden?

In welcher Beziehung stehen sie zueinander?

Welche Kompetenzen können sie einbringen?

Welche weiteren Faktoren werden als Ressourcen betrachtet?

Es gibt verschiedene Methoden zur Ermittlung von Ressourcen, eine davon ist z. B. das Stakeholder-Mapping aus dem Design-Thinking. Mit einem Stakeholder-Mapping können alle Personen, Organisationen und Einrichtungen ermittelt und visualisiert werden, die einen Einfluss auf die Resilienz des Sozialraums haben (können).

Ergebnis: Basierend auf der multiperspektivischen Problemanalyse sollten die beteiligten Akteure zu einer **gemeinsamen Problemdefinition** gelangen und die damit verbundenen wichtigen Begriffe für sich definieren (z. B. Radikalisierung, Polarisierung, religiös begründete Konflikte). Im zweiten Teil des Workshops sollten die Sozialraum-Partner*innen sich einen Überblick über **vorhandene Potenziale des Sozialraums** zur Resilienzstärkung erarbeitet haben.

Schritt II: Workshop zur Zielvereinbarung und Entwicklung von Maßnahmen zur Resilienzstärkung

Aufbauend auf der Problem- und Ressourcenanalyse werden Ziele gemeinsam festgelegt und die zur Erreichung der Ziele notwendigen Maßnahmen entwickelt.

Eine partizipative Erarbeitung von Zielen und die Entwicklung von Maßnahmen ist Voraussetzung dafür, dass geplante Maßnahmen angenommen und somit erfolgreich umgesetzt werden können.

Ziele gemeinsam festlegen: Zur Festlegung der Ziele sollten sich die Partner*innen im Sozialraum folgende Fragen stellen. Welche Veränderungen – in Bezug auf das definierte Problem – sollen bewirkt werden? Welche bereits vorhandenen Resilienzfaktoren sollen gestärkt werden? Mit welchen Ressourcen können die Ziele erreicht werden?

Bei der Definition von Zielen sollte konsequent darauf geachtet werden, dass diese auf den Ergebnissen der Problem- und Ressourcenanalyse aufbauen, um nicht am Problem vorbei zu „zielen“.

Einige einfache Hinweise erleichtern das Formulieren konkreter Ziele:

- Ein Ziel besteht aus einem Satz.
- Der Zielzustand ist positiv formuliert.
- Der Zielzustand sollte eine (nicht zu große) Herausforderung darstellen.
- Der Zielzustand ist eindeutig formuliert.
- Der Zielzustand ist in der Gegenwartsform ausgedrückt.
- Bezieht sich das Ziel auf bestimmte Zielgruppe, sollte der Zielzustand im Aktiv, nicht im Passiv ausgedrückt werden.

Maßnahmen entwickeln: Im Workshop werden Maßnahmen zur Resilienzstärkung unter Einbeziehung der vorhandenen Ressourcen lokalspezifisch entwickelt. Das heißt nicht, dass das Rad immer gänzlich neu erfunden werden muss. So können erprobte und bereits evaluierte Ansätze unter Berücksichtigung der damit gemachten Erfahrungen (*lessons learned*) übernommen und angepasst werden.

Die Erarbeitung von Maßnahmen könnte folgendem Raster folgen:

- Was (Kurzbeschreibung der Maßnahme)
- Wer (Welcher Träger kann die Maßnahme umsetzen?)
- Wann (kurze Zeitplanung: wann sollte die Maßnahme implementiert werden? Wie lange sollte sie laufen?)
- Wie weiter (Verständigung über das weitere Vorgehen, z. B. Finanzierungsbedarf klären, Zuständigkeit festlegen, klären, wie die Bewertung der Maßnahme erfolgt)

Langfristige und umfassende Strategien einer universellen Resilienzstärkung im Sozialraum tragen dazu bei, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um z. B. im Fall einer Bedrohung durch extremistische Akteure angemessen reagieren zu können.

Ergebnis: Am Ende des Workshops sollten die Sozialraum-Partner*innen gemeinsam die Ziele erarbeitet haben. Mit Blick auf vorhandene Ressourcen haben sie ein Maßnahmenpaket entwickelt, das eine kontinuierliche Evaluation im Umsetzungsprozess einschließt.

Abwägende Herangehensweise

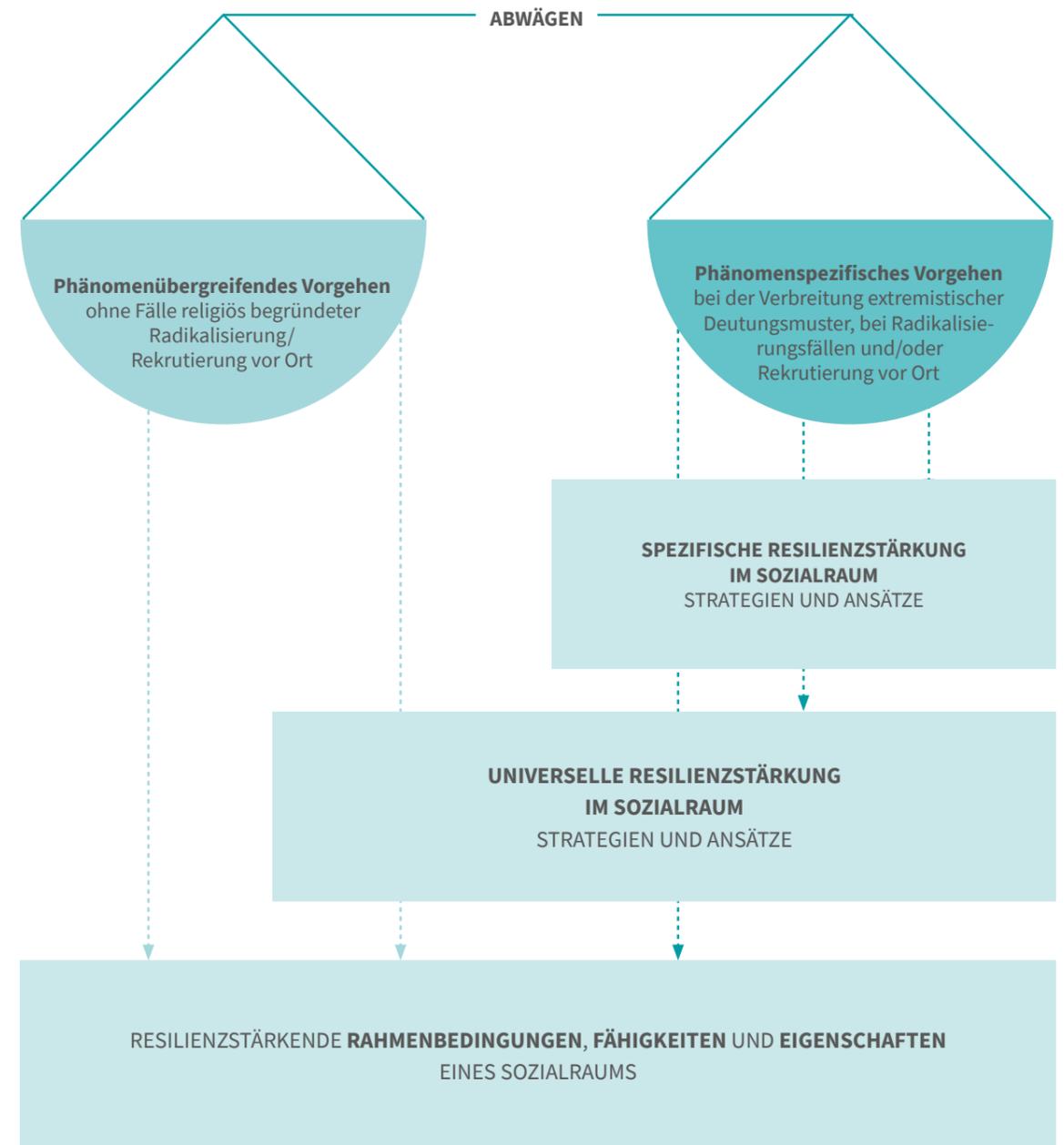
Im zweiten Teil dieses Leitfadens geben wir einen Überblick über Rahmenbedingungen, Ansätze und Faktoren, die Resilienzen im Sozialraum stärken. Wir haben eine Vielzahl von Faktoren identifiziert. Nicht alle sind für jeden Sozialraum relevant. Sie dienen als Anregung für die Maßnahmenentwicklung. Die einzelnen Teile bauen jedoch aufeinander auf. Um einer Stigmatisierung des Sozialraums vorzubeugen, schlagen wir – schlagen wir folgende Herangehensweise vor (siehe Grafik S. 9):

a) Es gibt keine Anzeichen für religiös begründete Radikalisierungen, aber der Sozialraum will vorausschauend gut aufgestellt sein, weil Radikalisierung als gesamtgesellschaftliche Bedrohung wahrgenommen wird. Hier empfehlen wir einen Ansatz universeller Resilienzstärkung, der unterschiedliche Gefährdungen berücksichtigt (z. B. auch Gewalt oder Diskriminierung). Ein solches Konzept kann und sollte ohne expliziten Bezug zum Thema Radikalisierung entwickelt werden, um stigmatisierende Nebeneffekte zu vermeiden.

b) Wenn es Anzeichen für religiös begründete Radikalisierung durch Fälle vor Ort gibt und/oder wenn Rekrutierungsversuche vor Ort beobachtet werden und/oder über den Medienkonsum Kontakte zu extremistischen Angeboten/Gruppen (Mitdenken des digitalen Raums!) festgestellt werden, empfehlen wir einen Ansatz der spezifischen Resilienzstärkung durch Angebote der Radikalisierungsprävention und/oder Deradikalisierung. Diese sollten nicht statt, sondern aufbauend auf den universellen Strategien zur Resilienzstärkung entwickelt werden.

Nicht immer ist eine klare Zuordnung zu a) oder b) basierend auf der Problemanalyse möglich und sinnvoll. Es geht vielmehr um ein Abwägen zwischen universellen und spezifischen Ansätzen der Resilienzstärkung und verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten.

Vorgehensweise zur Konzeptentwicklung



Im Folgenden werden die resilienzstärkenden Rahmenbedingungen sowie die universellen und spezifischen Ansätze der Resilienzstärkung vorgestellt.

2. TEIL: FAKTOREN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Resilienzstärkende Rahmenbedingungen und Eigenschaften eines Sozialraums

Resiliente Sozialräume sind, so zeigen Ergebnisse aus Quartiers- und Community-Studien, unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass sie über eine Fülle und Diversität von Ressourcen, vor allem soziale Infrastruktur, und eine gute Vernetzung verfügen. Mehrere grundlegende Rahmenbedingungen, Fähigkeiten und Eigenschaften eines Sozialraums stärken seine Resilienz phänomenübergreifend gegenüber unterschiedlichen Formen von Bedrohungen und Krisen – religiös begründete Radikalisierung ist eine davon.

SOZIALE INFRASTRUKTUR UND ÖFFENTLICHE RÄUME

Wenn Sozialräume gegenüber Radikalisierung gestärkt werden soll, dann sollte zuerst in die soziale Infrastruktur und die öffentlichen Räume investiert werden.

FÜLLE UND DIVERSITÄT SOZIALER INFRASTRUKTUR SICHERSTELLEN

Resiliente Sozialräume verfügen über eine Fülle an sozialer Infrastruktur und halten ein diverses Angebot für die unterschiedlichen Bewohnergruppen, also z. B. Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene, Frauen und Mädchen, Eltern, Nachbar*innen, Senior*innen, bereit. Neben Fülle und Diversität spielt auch die Qualität der sozialen Infrastruktur eine Rolle. Diese bemisst sich u. a. daran, ob die soziale Infrastruktur auf die Bedürfnisse von unterschiedlichen Bewohner*innen zugeschnitten ist und inwiefern sie für die Bewohner*innen überhaupt zugänglich und damit nutzbar ist. Zugänglichkeit kann z. B. dadurch geschaffen werden, indem die Angebote zu den Bewohner*innen gebracht werden – und nicht umgekehrt – und indem sie von den Bewohner*innen mitgestaltet werden können.

BEGEGNUNGS- UND FREIRÄUME IM SOZIALRAUM SCHAFFEN

Die Entwicklung eines Miteinanders von Bewohner*innen hängt auch von den Möglichkeiten ab, die diese haben, einander zu begegnen, sich kennenzulernen und aus eigener Initiative gemeinsam Aktivitäten und Ideen zu entwickeln. Dafür müssen Freiräume und Begegnungsräume für unterschiedliche Bewohnergruppen vorhanden sein, z. B. in Form von Nachbarschafts- und Elterncafés und in Form von öffentlichen Treffpunkten, wie Spielplätzen, Tischtennisplatten, Skater-Anlagen, Nachbarschaftsgärten, Bänken, Plätzen und Grünflächen im öffentlichen Raum. Die partizipative Gestaltung des öffentlichen Raums trägt dazu bei, Ideen und Interessen von Bewohner*innen zu berücksichtigen, damit diese sich dort gerne aufhalten.

Dütti-Treff (Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.), Berlin-Kreuzberg

Das Stadtteil- und Familienzentrum „Dütti-Treff“ schafft einen inklusiven, geschützten Raum der Begegnung für die Nachbar*innen, ihre Anliegen und Interessen. Sein langes Bestehen und sein breites Angebot haben das Zentrum zu einem wichtigen Anlaufpunkt für Menschen in der Nachbarschaft gemacht.

Beitrag zur Resilienzstärkung:

- Als Begegnungsraum trägt das Zentrum zur Vernetzung von Bewohner*innen im Quartier bei und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Dabei bilden die Werte – Verantwortung für den Treff, Respekt und Akzeptanz – im Leitbild des Zentrums die Grundlage für das Miteinander in diesem Begegnungsraum. Darüber hinaus trägt er durch zahlreiche Kooperationen mit anderen Organisationen und Vereinen auch zur Vernetzung auf städtischer und internationaler Ebene bei.
- Sein langes Bestehen fördert nicht nur die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen, sondern ermöglicht auch die Vertretung der Interessen der Bewohner*innen nach außen.
- Er bietet eine Vielfalt von Angeboten für die Bewohner*innen des Sozialraums (z.B. Beratungs- und Informationsangebote, Frauenfrühstück, Mädchentreff u.v.m.) sowie die Möglichkeit für die Besucher*innen, die Angebote mitzugestalten.
- Er schafft Freiräume für informelle Begegnungen.
- Die Vielfalt des Kiezes wird in der Einrichtung nicht nur wertgeschätzt, sondern ist dort auch vertreten. So sind sowohl die Leitung als auch Mitarbeitende People of Color und tragen zur Schaffung sicherer Räume bei, vor allem in Bezug auf die Sensibilisierung für Diskriminierung und den Einsatz für diskriminierte/ausgegrenzte Menschen.

Weitere Informationen unter:

<https://duetti-treff.de/>

INKLUSIVE UND SICHERE ÖFFENTLICHE RÄUME SCHAFFEN

Insbesondere Bewohner*innen, die über beschränkten privaten Wohnraum verfügen, sind auf die Nutzung des öffentlichen Raums angewiesen. Ein öffentlicher Raum, der – unabhängig von Konsum – zum Verweilen einlädt, ist deswegen wichtig. Es muss allerdings gewährleistet sein, dass der öffentliche Raum sicher und frei für alle Bewohner*innen zugänglich ist und Bewohner*innen, z. B. Frauen, vor (sexualisierter) Gewalt und Kriminalität geschützt werden. Dazu gehören z. B. eine entsprechende Beleuchtung und die Beseitigung von „dunklen Ecken“, die Bekämpfung von Verwahrlosungstendenzen, die Aufwertung des öffentlichen Raums zur Erhöhung des (subjektiven) Sicherheitsgefühls, die Herstellung von Barrierefreiheit von Räumen sowie Aktionen und Veranstaltungen zur Aneignung des Raums.

FACHLICHE VERNETZUNG

Vernetzung zwischen den Einrichtungen und Orten der sozialen Infrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die vorhandene Infrastruktur optimal weiterentwickeln und ergänzen kann.

FACHLICHE VERNETZUNG INNERHALB DES SOZIALRAUMS FÖRDERN

Resiliente Sozialräume verfügen über eine gute Vernetzung und eine gute Kommunikationskultur zwischen den Einrichtungen. Ein guter Kontakt und fachlicher Austausch, z. B. im Rahmen von stadtteilübergreifenden Netzwerken, aber auch themenbezogenen Arbeitsgruppen und Gremien, und das Vorhandensein von persönlichen Ansprechpartner*innen helfen den unterschiedlichen Einrichtungen dabei, auf spezifische Bedarfe von Bewohner*innen schneller und angemessener zu reagieren, neue Herausforderungen und Gefährdungen rechtzeitig wahrzunehmen und Synergien zwischen den Einrichtungen zu entfalten. Solche Synergien bestehen z. B. darin, Zielgruppen besser zu erreichen, gemeinsam Ideen für bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln oder gemeinsame Ressourcen zu nutzen (wie Räume, Ausstattung, Kompetenzen etc.). Auch gemeinsame Problemlösungsstrategien können so entwickelt werden, um mit Gefahren, Krisen und Herausforderungen besser umzugehen.

FACHLICHE VERNETZUNG AUSSERHALB DES SOZIALRAUMS FÖRDERN

Nicht nur die Vernetzung innerhalb des Sozialraums ist von Bedeutung, sondern auch die Vernetzung nach außen. Hier gilt es, insbesondere Kontakte zu denjenigen Stellen und Angeboten zu etablieren, die über Kompetenzen verfügen, die im Sozialraum zur Bewältigung akuter Problemlagen nicht vorhanden sind, wie z. B. spezifische Beratungsangebote der Präventions- oder Deradikalisierungsarbeit. Eine gute Einbindung in eine kommunale Präventions- und Vernetzungsstruktur ermöglicht es dem Stadtteil, unkompliziert auf entsprechende Ressourcen zurückgreifen zu können, weil die Fachkräfte wissen, an wen sie sich wenden können, wenn es ein entsprechendes Problem gibt.

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Sozialer Zusammenhalt im Sinn eines guten Miteinanders der Bewohner*innen im Sozialraum ist eine zentrale Charakterisierung von resilienten Stadtteilen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Deshalb: auch wenn ein gutes Miteinander erstrebenswert ist, kann auch ein gutes Nebeneinander der unterschiedlichen Bewohnergruppen im Sinne einer friedlichen Koexistenz eine Basis für Resilienz darstellen.

INFORMELLE NETZWERKE UND NACHBARSCHAFTSKULTUR STÄRKEN

Informelle Netzwerke von Bewohner*innen haben eine wichtige Funktion für den sozialen Zusammenhalt. Dazu zählen z. B. Eltern- und Nachbarschaftsinitiativen, Jugendinitiativen oder Migrantenorganisationen. Informelle Netzwerke müssen gezielt gefördert werden, z. B. durch die Bereitstellung von Räumen, die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement (auch im Rahmen von öffentlichen Präsentationen und Veranstaltungen) und durch finanzielle Unterstützung. Die Nachbarschaftskultur, die zentral ist für das Miteinander im Sozialraum, kann durch Stadtteilstefeste, Nachbarschaftsaktionen im öffentlichen Raum, Hoffeste etc. gestärkt werden.

KOLLEKTIVE WIRKSAMKEIT FÖRDERN

Wenn das Miteinander in einem Stadtteil gut funktioniert, besteht eine gute Voraussetzung für die Entfaltung kollektiver Wirksamkeit. Kollektive Wirksamkeit beschreibt das gemeinsame erfolgreiche Handeln von Bewohner*innen eines Stadtteils, um Probleme zu lösen. Dies kann im Falle von Radikalisierung z. B. durch soziale Kontrolle erfolgen, wenn Bewohner*innen den öffentlichen Raum gut kennen, beobachten und darüber wachen, dass sich extremistische Akteure nicht im Raum verankern. Soziale Kontrolle lässt sich jedoch durchaus ambivalent betrachten, kann sie z. B. auch dazu führen, dass rigide Normen und Freiheitseinschränkungen durchgesetzt werden oder ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber „Fremden/von außen Kommenden“ entwickelt wird.

IDENTIFIKATION MIT DEM SOZIALRAUM ERHÖHEN UND KOLLEKTIVES GEDÄCHTNIS BEWAHREN

Sozialräume, die aus Fehlern im Umgang mit vorhandenen Problemen lernen, diese Fehler reflektieren und neue Strategien für künftige Problemlagen entwickeln, können als resiliente Sozialräume bezeichnet werden. Um aus Fehlern zu lernen, aber auch um Erfolge zu erinnern, ist es wichtig, ein kollektives Gedächtnis als Sozialraum oder Stadtteil zu bewahren, z. B. durch Oral-History-Projekte, Stadtteilmuseen, intergenerationelle Erinnerungsprojekte, biografische Arbeit in Jugendeinrichtungen. Solche Maßnahmen erhöhen auch die Identifikation mit dem Sozialraum. Wenn Menschen sich mit dem Stadtteil identifizieren, in dem sie leben, und den Eindruck haben, dass sie ihn mitgestalten können, stärkt das die Resilienz des Stadtteils.

DIVERSITÄT

Gendersensible und rassismuskritische Ansätze sollten die Grundlage von Präventionsmaßnahmen sein, die sich gegen Radikalisierung richten. Sie sind aber auch unabhängig davon zentrale Ansätze in der Arbeit im Sozialraum.

VIELFALT SICHTBAR MACHEN UND WERTSCHÄTZEN

Ein hoher Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in einem Sozialraum wird häufig als Indikator verwendet, um eine Problembelastung eines Sozialraums zu beschreiben, was zur Stigmatisierung solcher Sozialräume führt und die Diversität innerhalb des Sozialraums ausblendet. Dagegen ist für die Resilienz eines Sozialraums eine Perspektive wichtig, die Heterogenität und Vielfalt im Zusammenleben von Menschen erst einmal als Ressource betrachtet und wertschätzt. Das bedeutet nicht, dass Probleme oder Konflikte im Zusammenleben ignoriert werden, aber es legt die Grundlage für eine Betrachtungsweise, die sich nicht in Defizitbeschreibungen verliert, sondern zur Entstigmatisierung von Sozialräumen führt. Auf der Ebene des Sozialraums können Leitlinien, Kampagnen, Bündnisse und Aktionspläne für Vielfalt diese Perspektive unterstreichen. Auf der Ebene der Einrichtungen kann dies z. T. einen Perspektivwechsel der Fachkräfte bedeuten. Auch sollten Einrichtungen selbst vielfältiger werden und Fachkräfte mit Einwanderungsgeschichte, die möglicherweise andere lebensweltliche Perspektiven einbringen und andere Zugänge zu den Zielgruppen haben, beschäftigen. Dies gilt auch für Führungspositionen.

SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG UND BENACHTEILIGUNG GEWÄHRLEISTEN

Die Einrichtungen im Sozialraum sollten Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung bieten und ihre eigenen Vorurteile, blinden Flecken, Privilegien und Machtstrukturen reflektieren. Dazu gehören u. a. entsprechend geschulte Mitarbeiter*innen und eine Einrichtungskultur, die sensibel gegenüber Diskriminierungen ist, sowie Ansprechpartner*innen, an die man sich bei diskriminierenden Vorfällen wenden kann, ein entsprechendes Leitbild der Einrichtung und klare Regeln, wie mit Vorfällen umgegangen wird. Auch strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen sollten reflektiert werden. Dies betrifft auch den Bereich Schule, der durch Machtasymmetrien geprägt ist. Auf sozialräumlicher Ebene können darüber hinaus die Sichtbarkeit von Melde- und Beratungsstellen bzw. die Bereitstellung von entsprechenden Informationen (z. B. über Soziale Medien, Infobroschüren) sowie Kampagnen für Räume, die Schutz vor rassistischen Angriffen bieten, eine wichtige Rolle spielen.

Universelle Resilienzstärkung im Sozialraum: Strategien und Ansätze

Die folgenden Ansätze und Strategien, die die Resilienz gegenüber religiös begründeter Radikalisierung auf individueller, familiärer und sozialräumlicher Ebene stärken, haben auch eine allgemeine positive und „empowernde“ Wirkung auf den Sozialraum und seine Bewohner*innen. Sie wirken phänomenübergreifend. Das bedeutet, dass sie den Sozialraum nicht nur gegenüber religiös begründetem Extremismus stärken, sondern auch gegenüber anderen Extremismen, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt. Wir bezeichnen sie als Strategien und Ansätze der universellen Resilienzstärkung.

PARTIZIPATION UND EMPOWERMENT

Anerkennung und Selbstwirksamkeitserfahrungen durch Partizipation sind ein wichtiger Baustein der Resilienzstärkung, wenn Schein-Partizipation vermieden wird. Die Förderung von Empowerment als Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit und -macht bietet dafür die Grundlage.

MITBESTIMMUNGSGREMIEN STÄRKEN

Demokratische Teilhabe ist eine Querschnittsaufgabe für Projekte und Institutionen im Sozialraum. Sie kann schon im Kleinen eingeübt werden, z. B. im Morgenkreis in der Kita oder der Grundschule, wenn dort Wünsche und Anliegen der Kinder besprochen werden, oder im Plenum im Jugendclub. Es kann wichtig sein, Schüler*innen und Eltern zu schulen, damit sie ihre demokratischen Rechte im Rahmen von Schüler- und Elternvertretung an der Schule bzw. Kita gut wahrnehmen können, z. B. durch eine Einführung in die Aufgaben als Elternvertreter*in und die Förderung von Moderationskompetenzen.

PEER-ANSÄTZE FÖRDERN

Jugendeinrichtungen, die den Ansatz der Partizipation in ihrer Struktur und Organisation verankert haben, eignen sich besonders, um Teilhabeprojekte mit Jugendlichen durchzuführen. Ein erfolgversprechender Ansatz sind hier Peer-Ausbildungen und Peer-Projekte. Als ausgebildete Peer-Educator oder Peer-Helfer können Jugendliche Erfahrungen machen, die ihre Handlungsfähigkeit stärken und somit auch „empowernd“ wirken. Auch die Anerkennung (z. B. durch öffentliche Auszeichnungen, Auszahlung einer Aufwandsentschädigung) für die Peer-Tätigkeit sowie die dabei gemachten Arbeitserfahrungen sind ermächtigend und resilienzstärkend.

PRÄSENZ UND SICHTBARKEIT VON FRAUEN IM QUARTIER ERHÖHEN

Räume und Orte beeinflussen das Erleben und Verständnis von Geschlecht. Deshalb ist es im Sinne einer menschenrechtsbasierten sozialräumlichen Arbeit wichtig, die Präsenz und Sichtbarkeit von Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum zu fördern, wenn sich eine männliche Dominanz des öffentlichen Raums abzeichnet. Dies kann z. B. durch das „Bespielen“ des öffentlichen Raums durch Aktionen und Angebote geschehen (z. B. Sport, Bildung im Sozialraum), die Stärkung der Selbstorganisation von Frauen und Müttern, die Etablierung von Frauentreffs und Frauencafés etc. Damit wird Ausgrenzungen und Einschränkungen von Frauen entgegengetreten und ihr Zugang zu Ressourcen in öffentlichen Räumen abgesichert.

Modellprojekt kiez:story (ufuq.de), Berlin

Im Modellprojekt „kiez:story“ werden Jugendliche an Berliner Schulen für die Geschichte ihres Stadtteils sensibilisiert. Dabei werden sie mit Ansätzen der multiperspektivischen Erinnerungsarbeit im Rahmen von Schul-AGs dazu ermutigt, sich auf die Suche nach Biografien aus ihrem Stadtteil zu begeben. Die Perspektive des Projekts liegt auf dem Querschnittsthema Migration, insbesondere auf den Themen Gastarbeit und Vertragsarbeit. Die daraus entstehenden *Stories* werden dann in unterschiedlichen Formaten (Podcasts, Videos, Texten, Bildern) in einer Ausstellung vorgestellt.

Beitrag zur Resilienzstärkung:

- Die Jugendlichen werden ermutigt und befähigt, sich mit Biografien aus dem Stadtteil und der eigenen familiären Vergangenheit zu beschäftigen und Aspekte zu erforschen, die sie spannend finden. Durch diese Anleitung zum selbst- und mitbestimmenden Erforschen werden Partizipation und Empowerment gestärkt.
- Das Projekt ermöglicht den Jugendlichen, ihren Stadtteil und dessen Geschichte kennenzulernen. Mit diesem Wissen wird nicht nur die Identifikation mit dem Stadtteil gestärkt, das erworbene Wissen erlaubt in einem weiteren Schritt auch, Ideen für die Zukunft des Zusammenlebens im Stadtteil zu entwickeln.
- Der Stadtteil wird zum Lernraum. Durch den offenen Charakter des Projektes können die Schüler*innen ihre Themen frei wählen und erleben Gestaltungsfreiheit und Wertschätzung ihres Engagements. Das eröffnet ihnen neue Perspektiven und fördert das Erleben von (demokratischer) Teilhabe.
- Das Projekt macht marginalisierte Stimmen in der deutschen Erinnerungskultur und Geschichtsschreibung sichtbar und würdigt diese. Diese Perspektiven werden oftmals weder in Schulbüchern noch im Unterricht vermittelt. Damit fördert das Projekt einen multiperspektivischen Blick auf Geschichte und Erinnerung.

Weitere Informationen unter:

<https://kiezstory.berlin/>

BILDUNG

Der Zugang zu Bildung, der Einsatz für Bildungsgerechtigkeit und die Gestaltung inklusiver Bildungsräume sind wichtige Bausteine der Resilienzstärkung im Sozialraum, um Kindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

BILDUNGSABSCHLÜSSE FÖRDERN, BERUFSWEGE AUFZEIGEN

Die Förderung von Bildungsabschlüssen ist die Voraussetzung dafür, dass Jugendliche Wahlmöglichkeiten haben, um sich ihren Bedürfnissen und Kompetenzen entsprechend zu entwickeln. Wenn Familien den Bildungsweg ihrer Kinder nur bedingt unterstützen (können), kann es sinnvoll sein, weitere Unterstützung zu mobilisieren, z. B. durch Patenschafts- und Mentorenmodelle oder Hausaufgabenhilfe im Nachbarschaftshaus. Gleichzeitig ist es wichtig, Diskriminierung im Bildungssystem entgegenzutreten und Fachkräfte gegenüber Diskriminierung in der Schule und strukturellen Rassismus zu sensibilisieren. Berufsperspektiven können durch niedrigschwellige Angebote gefördert werden, z. B. wenn lokale Unternehmen Berufsbilder im Jugendclub vorstellen und mit Jugendlichen dazu ins Gespräch kommen. Die Förderung von Kompetenzen jenseits des „klassischen“ Bildungskanons (z. B. HipHop, Streetart) sowie von Talenten in Zusammenarbeit mit erfolgreichen Vorbildpersonen kann ebenfalls resilienzstärkend wirken.

INKLUSIVE ANGEBOTE DER POLITISCHEN BILDUNG MACHEN

Politische Bildung spielt in der universellen Resilienzstärkung eine wichtige Rolle, weil sie durch die Auseinandersetzung mit Menschenrechten, demokratischen Werten und demokratischen Defiziten (ungleiche Teilhabe, Diskriminierung) oder konfliktbehafteten Themen in der Nachbarschaft dazu beitragen kann, Räume zu schaffen, in denen Bewohner*innen sich über ihre Meinungen, Erfahrungen, Empörungen und Wünsche austauschen können, eigene und andere Perspektiven reflektieren und Handlungsmöglichkeiten erarbeiten. Angebote politischer Bildung sollten inklusiv gestaltet sein, an den Alltagsorten der Bewohner*innen stattfinden, z. B. im Rahmen von Elterncafés, Nachbarschaftstreffs und Moscheevereinen, und sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Die eigene Stadt und der Sozialraum können als Lernraum erkundet und genutzt werden. Dieser Ansatz eignet sich für unterschiedliche Zielgruppen, auch für Kinder. Demokratiebildung sollte früh ansetzen, am besten schon in Kita und Grundschule. Darüber hinaus sind Bildungsreisen für Jugendliche ein attraktives Format politischer Bildung. Sie eröffnen neue Perspektiven und bieten auch Kindern und Jugendlichen aus weniger privilegierten Familien Möglichkeiten, eine andere Stadt oder Umgebung kennenzulernen und diese als Lernraum zu nutzen.

INTERRELIGIÖSE UND RELIGIÖSE BILDUNG FÖRDERN

Interreligiöse Bildungsangebote, z. B. in der Schule, fördern die Akzeptanz von und das Verständnis für unterschiedliche Religionen. Bewährt hat sich, Vertreter*innen der Weltreligionen in den Unterricht einzubeziehen bzw. ihn gemeinsam gestalten zu lassen. Auch die Förderung des interreligiösen Dialogs im Sozialraum stärkt seine Resilienz – sei es durch Dialog- und Diskussionsveranstaltungen oder durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie interreligiöse Fußballturniere mit Religionsvertreter*innen. Darüber hinaus sollte auch die Akzeptanz von Atheismus in der interreligiösen Bildungsarbeit Berücksichtigung finden.

Auch religiöse Bildung kann dazu beitragen, individuelle Resilienz speziell gegenüber religiös begründeter Radikalisierung zu stärken – durch deutschsprachige jugendgerechte religiöse Angebote, die Wissen über die eigene Religion vermitteln, aber auch die Vielfalt von Religionsauslegungen betonen.

MaDonna Mädchentreff (MaDonna Mädchenkult.Ur e. V.), Berlin-Neukölln

Der Madonna Mädchentreff setzt offene und mobile Angebote der Jugendarbeit, Beratung, Hausaufgabenhilfe und Bildungsförderung sowie ergänzende Familien- und Elternarbeit um. Neben dem offenen Mädchentreff, der sich an Mädchen zwischen sieben und 18 Jahren richtet, setzt der Träger auch einzelne Projekte der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit und Gewaltpräventionsarbeit im Rahmen von Straßensozialarbeit um, die sich an Kinder und Jugendliche beider Geschlechter richten. Die Arbeit von MaDonna basiert auf dem Empowermentansatz, ist rassistiskritisch und frauenrechtsbasiert.

Beitrag zur Resilienzstärkung:

- Mädchen werden als Peer-Helferinnen ausgebildet und eingesetzt, z.B. im Rahmen des Sommerferienprogramms, bei Quartiersfesten oder bei der Unterstützung von Jüngeren. Die Mädchen lernen so nach und nach, Verantwortung zu übernehmen. Das schafft Selbstwirksamkeitserfahrungen, wirkt ermächtigend und stärkt das Selbstbewusstsein. Gleichzeitig werden Vorbilder im Quartier geschaffen, die im öffentlichen Raum präsent sind.
- Bildungsförderung hat einen wichtigen Stellenwert in der Arbeit von MaDonna. Dabei geht es nicht nur um die Förderung von Bildungsabschlüssen, sondern auch um Angebote der kulturellen und politischen Bildung, die niedrigschwellig gestaltet werden. Eine besondere Rolle spielen Bildungsreisen und Exkursionen als pädagogisches Mittel. Diese Arbeit fördert die Zukunftschancen der Mädchen, eröffnet ihnen neue Perspektiven und liefert vielfältige Anregungen und Impulse für die eigene Lebensgestaltung.
- Das Engagement für Frauenrechte ist ein zentrales Thema der Einrichtung. Gewalt gegen Frauen bildet eines der Schwerpunktthemen. MaDonna setzt sich für ein selbstbestimmtes Leben von allen Frauen und Mädchen ein. Das stärkt Mädchen und junge Frauen in ihren Wahlmöglichkeiten und in ihrer Handlungsfähigkeit.

Weitere Informationen unter:

<http://berlin.madonnaedchenpower.de/>

BINDUNG

Stabile und vertrauensvolle familiäre und außerfamiliäre Bindungen stellen einen bedeutsamen Schutzfaktor gegenüber Radikalisierung dar und stärken die individuelle Resilienz.

KOMMUNIKATIONSKULTUR IM ELTERNHAUS FÖRDERN

Eine gute Beziehung zwischen Eltern und Kindern ist ein wesentlicher Aspekt der individuellen Resilienzstärkung. Dazu gehören eine offene Kommunikationskultur in der Familie und das Signal an die Kinder, dass ihre Wünsche, Sorgen und Nöte wahr- und ernst genommen werden. Elternbildungskurse können Eltern unterstützen, eine gute Gesprächskultur in der Familie zu etablieren, im Kontakt mit dem Kind zu bleiben, Konflikte gewaltfrei zu lösen und auf Stresssituationen angemessen zu reagieren.

BEZIEHUNGSARBEIT IN DEN EINRICHTUNGEN STÄRKEN

Positive Vorbilder auch jenseits der Familie tragen dazu bei, dass Kinder Orientierungen und Impulse erhalten. Jugendarbeiter*innen, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sporttrainer*innen, aber auch Peer-Leader*innen kommt damit eine wichtige Rolle zu – umso wichtiger, dass sie sich dieser Rolle bewusst sind und reflektieren, welche Werte und Orientierungen sie den Kindern und Jugendlichen durch ihr Verhalten mitgeben. Beziehungsarbeit in den Einrichtungen des Sozialraums ist auch deswegen zentral, damit die Kinder und Jugendlichen wissen, an wen sie sich auch jenseits der Familie mit ihren Nöten, Ängsten und Geheimnissen wenden können. Bindungspersonen sind auch die ersten, denen mögliche Veränderungen auffallen, wenn sich ein*e Jugendliche*r einer extremistischen Ideologie zuwendet.

Spezifische Resilienzstärkung im Sozialraum: Strategien und Ansätze

Die folgenden Strategien und Ansätze kommen insbesondere dann zum Einsatz, wenn es bereits Fälle von Radikalisierung und/oder Rekrutierungsversuche im Sozialraum gibt. Sie wirken unterstützend, um Radikalisierungsfälle zu erkennen und mit ihnen besser umzugehen. Damit stärken sie die Widerstandsfähigkeit des Sozialraums gegenüber Radikalisierung und wirken vorbeugend gegenüber Radikalisierung.

RADIKALISIERUNGSPRÄVENTION

In der Radikalisierungsprävention wird oft mit Elementen politischer Bildung gearbeitet, aber auch mit Ansätzen aus den Bereichen kultureller Bildung, Sportpädagogik und Medienpädagogik.

FAKENEWS ENTLARVEN UND ONLINE-PRÄVENTION

Über digitale Propaganda im digitalen Raum sind heute alle Jugendlichen überall potenziell extremistischer Propaganda ausgesetzt. Eine wichtige Strategie ist deswegen die Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen. Hier ist eine Kombination aus allgemeiner Kompetenzförderung (z. B. Programmieren lernen, allgemeine Computerskills) und spezifischer Prävention zu empfehlen. Bei der spezifischen Prävention geht es u. a. darum zu lernen, wie man Fakenews erkennen bzw. überprüfen kann, um den Wahrheitsgehalt einer Website oder einer spezifischen Nachricht einschätzen zu können. Weiterhin kann es auch darum gehen, Gegennarrative im digitalen Raum zu etablieren, z. B. indem eigene Videos produziert werden oder Falschinformationen widersprochen wird. Die in Workshops ausgebildeten Jugendlichen können so zu wichtigen Multiplikator*innen in Sozialen Medien und zu gefragten Expert*innen in ihren Peergroups werden. In der Online-Radikalisierung spielt jedoch nicht nur der Erwerb von Wissen, sondern auch das Teilen von Emotionen in digitalen sozialen Räumen eine wichtige Rolle und sollte somit in der Online-Präventionsarbeit berücksichtigt werden.

WERTE DISKUTIEREN UND BRÜCKENNARRATIVE BEARBEITEN

Themen wie Identität, Religion oder Werteorientierungen können in der Präventionsarbeit durch politische Bildung eine Rolle spielen. Möglich ist es auch, Ansätze kultureller Bildung aufzugreifen, z. B. durch eigene Videoproduktionen oder biografische Arbeit mittels Comic-Zeichnung, oder sportpädagogische Ansätze, die den Zugang erleichtern und gleichzeitig demokratische Werte vermitteln (z. B. durch Teambuilding, Fairplay, Respekt). Wenn die Teilnehmer*innen selbst zusammengestellt werden können, ist es sinnvoll, darauf zu achten, dass Jugendliche mit unterschiedlichen Positionen vertreten sind, so dass kontroverse Diskussionen innerhalb der Gruppe entstehen können.

Zu den Brückennarrativen, die anschlussfähig an extremistische Ideologien sind, gehören u. a. Homophobie, Antifeminismus, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus. Für die Auseinandersetzung mit diesen Themen ist es wichtig, dass ein „sicherer“ Raum geschaffen wird, der das Sprechen über Diskriminierung angstfrei möglich macht – ob im Klassenzimmer oder im Jugendclub –, und dass Betroffene von Diskriminierung geschützt werden. Wichtig ist es außerdem, an den Erfahrungen und Beobachtungen der Jugendlichen anzusetzen und die Themen langfristig und umfassend zu bearbeiten.

Kamil 2.0 (Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V.), Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Das Modellprojekt Kamil 2.0 will junge Muslim*innen durch einen ganzheitlichen Präventionsansatz vor extremistischen und religiös begründeten demokratiefeindlichen Narrativen und damit auch vor religiös begründeter Radikalisierung schützen. Das Projekt wird vom Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland (BIG e. V.) geleitet, einem Zusammenschluss von insgesamt 16 Moscheegemeinden, und hat einen antirassistischen und kulturübergreifenden Fokus.

Beitrag zur Resilienzstärkung:

- Jugendliche und junge Erwachsene stehen im Zentrum der Präventionsarbeit und werden durch wöchentliche Gruppenangebote, Aufklärungsangebote und Einzelgespräche erreicht. Ein wichtiger Aspekt dieser muslimischen Jugendarbeit ist die Bindungsarbeit. Die so entstehende Vertrauensbasis ermutigt die Jugendlichen, Fragen oder Probleme gegenüber den pädagogischen Mitarbeiter*innen anzusprechen. Da Jugendliche und junge Erwachsene auf unterschiedlichen Ebenen erreicht werden sollen, werden auch erlebnispädagogische Angebote umgesetzt.
- Durch politische Bildungsarbeit werden Jugendliche befähigt, eigene Standpunkte zu vertreten und kohärent zu argumentieren. Teil dieser Arbeit ist sowohl die offene und kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen als auch mit den eigenen religiösen Traditionen.
- Darüber hinaus ist das Projekt bedarfsorientiert ausgerichtet. In der Jungen- und Mädchenarbeit können insbesondere geschlechtsspezifische Bedarfe erkannt werden, was es Bezugspersonen desselben Geschlechts ermöglicht, darauf einzugehen.
- Auch Funktionäre aus den Gemeinden werden durch entsprechende Angebote (wie zum Beispiel Fortbildungen) sensibilisiert. Dies entspricht nicht nur einem ganzheitlichen Präventionsansatz; es ermöglicht den Akteuren im Sozialraum auch, im Falle auftretender Radikalisierungsfälle reagieren zu können.

Weitere Informationen unter:

<https://kamil-hamburg.de/>

BEARBEITUNG VON RELIGIÖS AUFGELEDENEN KONFLIKTEN IM SOZIALRAUM

Wenn in Sozialräumen Druck im Namen der Religion (z. B. Mobbing aufgrund von Nicht-Einhaltung religiöser Regeln) ausgeübt wird, dann besteht pädagogischer Handlungsbedarf, auch wenn solche religiösen bzw. religiös aufgeladenen Konflikte nicht unbedingt ein Anzeichen für eine Radikalisierung darstellen. Es sollte darum geprüft werden, inwieweit andere Themen hinter der religiösen Konnotation stehen (wie z. B. Abgrenzungskonflikte zwischen Jugendlichen), die dann mit passenden Methoden der Konfliktlösung bearbeitet werden können. Wichtig ist dabei, diejenigen zu schützen und zu unterstützen, die Opfer des ausgeübten Drucks oder Mobblings sind. Dazu gehört auch, Position für Religionsfreiheit zu beziehen, zu der auch die Wahl- und Entscheidungsfreiheit für oder gegen bestimmte religiöse Praktiken gehört, und deutlich zu machen, dass Religionsfreiheit auch bedeutet, sich gegen Religion entscheiden zu können. Religiös aufgeladene Konflikte können auch in schulischen Kontexten entstehen, wenn Eltern ihre Töchter nicht zum Schwimmunterricht oder zur Klassenfahrt schicken wollen. Hier sind Elterngespräche mit Unterstützung von Vermittler*innen aus der Community der Eltern zu empfehlen, die ihre Befürchtungen entkräften können. Wichtig ist es, diese Konflikte nicht losgelöst von einer Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus im Sozialraum zu bearbeiten.

RESSOURCEN INNERHALB UND AUSSERHALB DES SOZIALRAUMS

Wenn Radikalisierungsfälle im Sozialraum auftreten, sollten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Sozialraums Ressourcen mobilisiert werden, um angemessen mit der Situation umzugehen und die Widerstandsfähigkeit des Sozialraums zu stärken.

ANGEBOTE DER RADIKALISIERUNGSPRÄVENTION KONTAKTIEREN

Es ist sinnvoll, sich bei Fällen im Sozialraum an eine entsprechende Fachberatungsstelle zu wenden. Diese halten nicht nur Angebote für Ausstiegswillige bereit, sondern beraten und begleiten auch Fachkräfte und Angehörige. Sollte keine Fachberatungsstelle in der Nähe sein, können Online-Angebote eine Alternative darstellen. Einige Kommunen verfügen darüber hinaus auch über spezifische Präventionsnetzwerke, deren Ziel es ist, durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure auf kommunaler Ebene eine Präventionsstruktur bereit zu stellen, um den Fachaustausch zu fördern und auf problematische Veränderungen in den Sozialräumen schnell reagieren zu können. Solche kommunalen Netzwerke sind sinnvoll, denn sie erhöhen die Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene und unterstützen die sozialräumliche Ebene nicht nur, wenn es zu Vorfällen kommt, sondern auch präventiv, z. B. durch Qualifizierungen und Fachveranstaltungen. Beratungsstellen und Präventionsnetzwerke können auch helfen, Fälle richtig einzuschätzen und alarmistisches Handeln zu vermeiden.

AKTEURE AUS DEM SOZIALRAUM SENSIBILISIEREN

Auch Akteure aus dem Sozialraum können dazu beitragen, die Resilienz des Sozialraums bei auftretenden Radikalisierungsfällen – wenn z. B. der Konsum extremistischer Online-Propaganda beobachtet wird – zu stärken. Um zu analysieren, welche Ressourcen im Sozialraum bereits vorhanden sind, ist eine Akteurs- und Ressourcenanalyse sinnvoll (siehe Kapitel 1). Darüber hinaus geht es darum, Fachkräfte und Bewohner*innen für die Problematik zu sensibilisieren, z. B. durch Fortbildungen, Elternabende und Aufklärungsveranstaltungen.

Nürnberger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung

Das „Nürnberger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“ besteht seit Juni 2016 und ist beim Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg angesiedelt. Es richtet sich an Akteure der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Sozialarbeit, von Polizei und Justiz sowie an religiöse Gruppen und Vereine. Aber auch an Einzelpersonen, die sich mit dem Thema „religiös begründete Radikalisierung“ von Jugendlichen konfrontiert sehen und Unterstützung benötigen oder sich diesbezüglich vernetzen möchten.

Beitrag zur Resilienzstärkung:

- Das Netzwerk vernetzt und fördert bestehende Angebote im Bereich der Toleranz- und Demokratiestärkung sowie Extremismusprävention auf städtischer Ebene und verfügt über enge Kontakte zu den Sozialräumen der Stadt.
- Durch die kommunale Ausrichtung und die Anbindung des Netzwerkes an das Menschenrechtsbüro wird eine Stigmatisierung bestimmter Sozialräume vermieden.
- Die Angebote der spezifischen Prävention im Sinne von Früherkennung und Stärkung der Handlungskompetenzen bestimmter Berufsgruppen (insbesondere Lehrkräfte, Akteure der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Mitarbeitende von Polizei und Justiz) können von den Sozialräumen genutzt werden. Ebenso können diese an Partner der Deradikalisierungsarbeit vermittelt werden.
- Das Netzwerk verknüpft seinen präventiven Auftrag mit Ansätzen, die das Zusammenleben in der Stadt über die Bekämpfung von Radikalisierung hinaus positiv beeinflussen, z. B. durch die Förderung des interreligiösen Dialogs und die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Ausgrenzung.

Weitere Informationen unter:

https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/praeventionsnetzwerk_salafismus.html

Impressum

**Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung
und Forschung im sozialen Bereich gGmbH**

Mahlower Str. 24

12049 Berlin

Tel: +49 (0)30 610 73 72-0

mail@camino-werkstatt.de

www.camino-werkstatt.de

Autor*innen: Sabine Behn, Britta Hecking
und Victoria Schwenzer

Umschlagbild by Marco Lastella on Unsplash

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

